

IUBH Discussion Papers

SOZIALWISSENSCHAFTEN

Auswirkungen der Corona-Pandemie auf Handlungsfelder der sozialen Arbeit in der Lebensspanne Perspektiven aus Forschung und Lehre

Christiane Nakao

Sonja Preissing

Katrin Sen

Fabian van Essen

IUBH Internationale Hochschule

Campus Erfurt
Juri-Gagarin-Ring 152
99084 Erfurt

Telefon: +49 421.166985.23

Kontakt/Contact: [k.janson@iubh.de/](mailto:k.janson@iubh.de)

Autorenkontakt/Contact to the author(s):

Prof. Dr. Katrin Sen
IUBH Frankfurt am Main
Email: k.sen@iubh-dualesstudium.de

Prof. Dr. Sonja Preissing
IUBH Düsseldorf
Email: s.preissing@iubh-dualesstudium.de

Prof. Dr. Christiane Nakao
IUBH Stuttgart
Email: c.nakao@iubh-dualesstudium.de

Prof. Dr. Fabian van Essen
IUBH Fernstudium
Email: f.van-essen@iubh-fernstudium.de

IUBH Discussion Papers, Reihe: Sozialwissenschaften, Vol. 1, Issue 6 (Okt. 2020)

ISSN-Nummer: 2699-2574

Website: <https://www.iubh-university.de/forschung/publikationen/>

AUSWIRKUNGEN DER CORONA-PANDEMIE AUF HANDLUNGSFELDER DER SOZIALEN ARBEIT IN DER LEBENSSPANNE

Perspektiven aus Forschung und Lehre

**Christiane Nakao
Sonja Preissing
Katrin Sen
Fabian van Essen**

Abstract:

This paper describes how the corona pandemic has changed the life situations of specific groups of people along the life span: Children and adolescents in precarious life situations, adults with "intellectual disabilities" and persons in the "third age". Based on these situation descriptions, changed challenges of social work are discussed for each group of people. The contribution ends with an intersectional perspective in the context of community work. It focuses on the question of how community work should develop in order to better respond to challenges such as the corona pandemic in a socially integrative manner.

Keywords:

Gemeinwesenarbeit, Behinderung, Inklusion, Soziale Arbeit, Kindheit, Jugend, Soziale Ungleichheiten, Covid-19, Gerontologie, Viertes Lebensalter, drittes Lebensalter, Ageismus, Forschendes Lernen, Hochschuldidaktik

Zur Entstehung und zum Ziel dieses Beitrags

In diesem Beitrag wird beschrieben, inwiefern die Corona-Pandemie die Lebenssituationen von spezifischen Personengruppen entlang der Lebensspanne verändert hat: Kinder und Jugendliche, Erwachsene mit „geistiger Behinderung“ sowie ältere Menschen. Ausgehend von diesen Situationsbeschreibungen werden für die verschiedenen Lebenslagen veränderte Aufgabenfelder der Sozialen Arbeit diskutiert. Der Beitrag endet mit der intersektionalen Perspektive der Gemeinwesenarbeit. Dabei wird die Frage fokussiert, wie sich die Gemeinwesenarbeit weiterentwickeln sollte, um sozialintegrativ zukünftig besser auf Herausforderungen wie die Corona-Pandemie reagieren zu können. Ausgangspunkt dieser inhaltlichen Auseinandersetzung war ein Fotografie-Projekt mit Studierenden der IUBH.

Ausgangsidee: Fotoprojekt an der IUBH zur Dokumentation der Veränderungen im öffentlichen Raum während der Corona-Pandemie

In Zeiten der Corona-Pandemie veränderten sich für Studierende auf der einen Seite und Dozierende sowie Professor*innen an der IUBH auf der anderen Seite die Rahmenbedingungen für Studium und Lehre. Im Dualen Studium wurde das Sommersemester 2020 in kurzer Zeit umgestaltet in ein virtuelles Semester. Neben der Herausforderung, Vorlesungs- und Kurskonzepte in digitale Lehrformate umzuwandeln, kristallisierte sich die Vernetzung im Fachbereich Soziale Arbeit als Chance für eine standortübergreifende sowie unitübergreifende (Duales Studium und Fernstudium) Zusammenarbeit heraus. So fand sich ein Team aus Professor*innen der IUBH zusammen, um gemeinsam mit Studierenden ein Fotoprojekt als Form visueller Sozialforschung zu Veränderungen im öffentlichen Raum durchzuführen (Cuny et al., 2014, S. 3-4).

Ziel war, die Transformation des Sozialraums und des öffentlichen Raums vor dem Hintergrund der Stilllegungen des Einzelhandels, Kontaktbeschränkungen und Schließungen von Einrichtungen durch eine Fotodokumentation sichtbar zu machen. Uns beschäftigte die Frage, wie sich der öffentliche Raum, oder auch im Speziellen das Quartier, in dem die Studierenden leben, durch die Corona-Krise verändert hat. Gleichzeitig ermöglichte das Projekt die virtuelle Vernetzung von Studierenden und Professor*innen der IUBH deutschlandweit. Insofern haben wir im Sommersemester eine E-Mail an Studierende aus verschiedenen unserer Kurse adressiert und sie dazu eingeladen, daran teilzunehmen und eigene Fotos an uns zu senden. Die Studierenden waren aufgefordert, ihr Wohn- und Lebensumfeld in der Zeit des sogenannten Lockdowns zu fotografieren, um sichtbar zu machen, wie sich dieses durch Schließungen verändert. Dabei sollten sie auch soziale Einrichtungen im Quartier in den Blick nehmen und aufzeigen, inwiefern diese weiter ggf. durch alternative Möglichkeiten der Kontaktaufnahme genutzt werden können. Es entstanden eine Vielzahl von Fotos, von denen eine Auswahl angefügt sind.

Weiterhin kann das Projekt auch als ein standort- und modulübergreifendes Beispiel des „Forschenden Lernens“ diskutiert werden. Das Forschende Lernen hat in den letzten Jahren in der Hochschullandschaft an Popularität gewonnen. Ziele des Forschenden Lernens sind unter anderem, ausgehend von den Interessen der Studierenden, Neugier für das (weitere) Studium zu wecken und eine forschende Grundhaltung zu fördern (Lübcke et al., 2019, S. 49-53). Gerade für die sehr praxisnahen Studiengänge der IUBH ist das Forschende Lernen, teilweise implizit teilweise explizit, zu einem gewissen Grad bereits im Studienmodell verankert, bei dem von einem ständigen Theorie-Praxistransfer ausgegangen wird.

Dabei ist das Konzept nicht ohne Spannungen – schließlich hat Lernen, auch an der Hochschule, vor allem in der Studieneingangsphase viel damit zu tun, ein geplantes Ziel oder „learning outcome“ zu erreichen, Forschung jedoch möchte Neues entdecken und kann nicht vollständig didaktisch aufbereitet werden (Benner, 2020, S. 115).

Bei diesem Projekt konnte mit dem Ansatz des Forschenden Lernens den Studierenden die Möglichkeit gegeben werden, eine Erfahrung, die sie unmittelbar betraf und weiterhin betrifft und die ihren Studien- und Berufsalltag und ihr soziales Umfeld stark beeinflusst, zu reflektieren und sich gleichzeitig mit den Konsequenzen für die Profession und Disziplin Sozialer Arbeit auseinanderzusetzen. Durch die Einzigartigkeit der Situation stand es für die Lehrenden dabei gar nicht zur Debatte, ein Learning Outcome zu formulieren.

Im Folgenden behandeln wir die Auswirkungen der Krise auf unterschiedliche Lebenslagen und Lebensalter, um anschließend die Chancen und Ressourcen, aber auch Herausforderungen, für die Gemeinwesenarbeit zu diskutieren. Weiterhin beschäftigen wir uns mit der Frage nach den Möglichkeiten des Einsatzes von Fotografie in der Lehre. Hieran anschließend geht es um den Einsatz von Fotografie im Forschenden Lernen und als Möglichkeit der translokalen, interdisziplinären Zusammenarbeit im Hochschulkontext (Groth/Ritter, 2019, S. 7ff.).

Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf das Aufwachsen junger Menschen

Das Aufwachsen junger Menschen ist seit der Corona-Pandemie von den massiven Einschränkungen u.a. in den Feldern Freizeit, Mobilität, Bildung geprägt. Der Alltag junger Menschen wurde mit dem social distancing, den Kontakteinschränkungen und -verboten, der Schließung zentraler Institutionen des Aufwachsens (wie u.a. Schulen, Jugendzentren, Kindertagesstätten) rapide verändert. Wie aktuell die Bertelsmann-Studie herausgearbeitet hat, wird Kinderarmut durch die Corona-Pandemie verstärkt (Bertelsmann-Studie, 2020, S. 2ff.). Auch die Situation junger Erwachsener hat sich verändert und verschärft. Beispielsweise sind Jugendliche laut JuCo-Studie durch die Corona-Pandemie in Bezug auf ihre Bildungs- und Ausbildungssituation verunsichert und Zukunftssorgen kommen auf (Andresen et al., 2020, S. 14). Gleichzeitig werden Jugendliche und junge Erwachsene in ihrer Mobilität und den Freizeitaktivitäten eingeschränkt und auf den privaten, familiären Bereich reduziert. Es mangelt an Orten und Räumen (wie z.B. Cafés, Bars, Clubs und Parkanlagen), um sich im öffentlichen Raum mit Gleichaltrigen vernetzen und treffen zu können.

Dies hat Auswirkungen auf soziale Teilhabechancen von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bezug auf Bildung, Ausbildung sowie auf die Freizeitgestaltung und die Mobilität. Auch der Zugriff auf soziale und ökonomische Ressourcen ist eingeschränkt oder blockiert.

Von der Corona-Pandemie sind alle junge Menschen betroffen, allerdings Kinder und Jugendliche aus prekären Lebenslagen besonders stark. Soziale Ungleichheiten wie z.B. Kinder- und Jugendarmut, ungleiche Chancen im Bildungssystem, schwierige und prekäre Übergänge von der Schule in den Beruf und in die Arbeitswelt verhärten sich mit der Krise. Es ist zu befürchten, dass die sozialen Ungleichheiten in der nächsten Zeit weiter zunehmen.

Welche Auswirkungen hat die Krise auf die Lebenslagen junger Menschen in Bezug auf soziale Ungleichheiten, Mobilität und Freizeitgestaltung, Bildung, Ausbildung und Zukunftserwartungen (Böhnisch/Schröer, 2018, S. 322)? Welche Risiken zeigen sich in Bezug auf das Aufwachsen junger Menschen in Zeiten von Corona? Welche Herausforderungen zeichnen sich ab? Welche Aufgabe kommt der Politik und Gesellschaft zu? Die Anliegen und Interessen junger Menschen haben in den letzten Monaten zu wenig Aufmerksamkeit seitens Politik und Gesellschaft erhalten (Andresen et al., 2020, S. 16f.). Die Fokussierung lag vor allem auf der Frage nach der Beschulung und dem *homeschooling* – weitere Lebensbereiche außerhalb der Schule junger Menschen wurden laut JuCo-Studie zu wenig beachtet (ebd.).

(Virtuelle) Räume in Corona-Zeiten? Auswirkungen auf Raumeignung, Freizeitgestaltung und Mobilität



Mit der Schließung von Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sowie Spielplätzen sind wichtige Räume für Kinder und Jugendliche weggebrochen: Neben dem Bildungs- und Erziehungsauftrag dieser Institutionen stellen sie wichtige Orte für junge Menschen dar, um soziale Netzwerke und Freundschaften zu bilden, soziale Unterstützung zu erhalten und soziale Bezüge außerhalb der Familien oder Wohneinrichtung/-gruppe herzustellen. Mit dem *Lockdown* veränderte sich der Alltag von Kindern und Jugendlichen rasant und reduzierte sich auf den privaten/familiären

Bereich. So arbeitet die JuCo-Studie beispielsweise Gefühle von Vereinsamung junger Menschen heraus, die mit dem mangelnden Kontakt zu Freund*innen einhergehen (Andresen et al., 2020, S. 12). Auch der plötzliche Wegfall von außerschulischen Organisationen (u.a. Sportvereine, Jugendverbände, Jugendzentren) belastete sie und führte zum Ausdünnen sozialer Kontakte. Laut der Studie wurde der Ersatz durch digitale Angebote von den Jugendlichen als nicht genügend betrachtet (ebd.). Die Studie macht deutlich, dass junge Menschen zwar über das Smartphone Freundschaftsnetzwerke virtuell organisieren, allerdings die Pflege und Vertiefung von Freundschaften von „physischen“ Treffen abhängt (ebd., S. 13).

Gemäß dem Deutschen Jugendinstitut (DJI) erlebten die Eltern, dass ebenso Kinder Schwierigkeiten im Umgang mit der Krise hatten. Die Online-Befragung des DJI zeigt, dass der veränderte Alltag ebenso für Kinder zu Nachteilen und Kontaktabbrüchen führte. So hatten die Kinder nach der Schließung der Kita kaum Kontakt zu ihren Bezugspersonen bzw. den Fachkräften – obwohl in den befragten Haushalten verschiedene Medien für die Kommunikation zur Verfügung standen. Während Schulkinder teilweise Kontakt zu dem Lehrpersonal hatten, waren also die jüngeren Kinder noch stärker auf ihre Familien zurückgeworfen und auf sie angewiesen (Langmeyer et al., 2020, S. 5ff.). Nicht überraschend ist das Ergebnis, dass Kinder und Jugendliche mehr Zeit mit Computerspielen verbringen und im Internet surfen. Laut DJI-Untersuchung zeigt sich ein Unterschied zwischen Kindern im ländlichen Raum und Kindern in der Stadt: Kinder auf dem Land verbrachten im Vergleich zu Stadtkindern mehr Zeit draußen, während Stadtkinder sich mehr in der Wohnung aufgehalten haben (Langmeyer et al., 2020, S. 14).

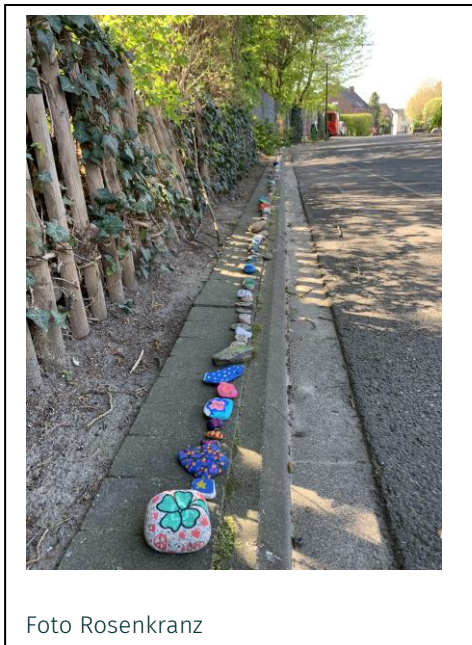


Foto Rosenkranz

Besonders betroffen waren und sind nach wie vor Kinder und Jugendliche in schwierigen, prekären Lebenslagen. Denn gerade für sie sind jene Orte wichtig, damit Teilhabe an Bildung, Freizeit usw. möglich ist und soziale Ungleichheiten abgebaut werden können. Das betrifft u.a. wohnungslose junge Erwachsene, junge Menschen mit Fluchterfahrungen, junge Menschen in Lebenskonstellationen außerhalb der klassischen Kleinfamilie (stationäre Wohngruppen, Wohngemeinschaften usw.), junge alleinlebende Erwachsene (Andresen et al., 2020, S. 13). Auch familiäre Konflikte verschärfen die Situation. So nahm mit dem Lockdown die häusliche und sexualisierte Gewalt zu. Gleichzeitig verschärft sich Kinder- und Jugendarmut durch die Krise. Die Bertelsmann-Studie benennt Begrenzungen und Einschnitte im Alltag, die durch Armut entstehen: Mobilität (z.B. durch ein fehlendes Auto im Elternhaus), fehlende Rückzugsräume, Einschnitte bei Freizeitaktivitäten (bspw. durch fehlende finanzielle Mittel, wenig Taschengeld), mangelnde Teilnahme an Klassenfahrten (Bertelsmann Stiftung, 2020, S. 5).

Hinzu kommen Schamgefühle, Stigmatisierungen, Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen und Sorgen um die Familien sowie um ihre Zukunft. Kinder- und Jugendarmut führt durch mangelnde Teilhabechancen an kulturellen und sozialen Aktivitäten gleichzeitig zu geringerer politischer Beteiligung und Engagement in Vereinen (ebd., S. 7).

Die Bertelsmann Studie warnt vor den Folgen – insbesondere in Bezug auf das Zusammenleben und soziale Gerechtigkeit in der demokratischen Gesellschaft (ebd.). Hieran schließt der folgende Abschnitt an.

Ungleiche Bildungschancen, prekäre Übergänge und Zukunftssorgen

Die aktuelle Krise wirkt sich ferner auf Teilhabechancen an Bildung, Ausbildung sowie auf Teilhabe am Arbeitsmarkt und auf die Übergangsssettings aus. Wie allgemein Zukunftssorgen mit der Krise einhergehen, artikulieren insbesondere Jugendliche und junge Erwachsene ihre Sorgen und Ängste die Zukunft betreffend. Junge Erwachsene sind besonders mit Fragen rund um Ausbildung und Arbeitsmarkt und dem Bewältigen von Übergängen konfrontiert. Da überrascht es nicht, dass sie stark unter Druck geraten. Die JuCo-Studie arbeitet etwa die Verunsicherung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Bezug auf Unsicherheiten darüber, wie etwa

neue Studienformate aussehen oder Sorgen um einen Praktikums- oder Ausbildungsplatz heraus. Ebenso Ängste, keine hauptberufliche Anstellung zu finden, benennt die Studie (Andresen et al., 2020, S. 14). Junge Erwachsene sind zudem durch den Wegfall von Nebenjobs von ökonomischen Einbußen betroffen. Dies betrifft v. a. auch Studierende, die häufig einem Nebenjob nachgehen (Andresen et al., 2020, S. 14.).

Bestehende soziale und ökonomische Schwierigkeiten und Benachteiligungen von Familien verschärfen sich in der Krisenzeit. Vor allem Kurzarbeit, Verlust des Arbeitsplatzes und prekäre Beschäftigungsverhältnisse drohen in der Krise. Auch Hilfen wie Tafeln und Angebote zur Unterstützung der Familien in der Kita oder Schule fallen weg (Bertelsmann-Studie, 2020., S. 9). Insbesondere von Armut betroffene Familien verlieren an weiteren ökonomischen Ressourcen, da sie sich oftmals in prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden. Sie können kein oder nur wenig Homeoffice machen, was sich negativ auf die Kinderbetreuung und -beschulung auswirkt (ebd.). In der Studie wird besonders im Zusammenhang mit Kinder- und Jugendarmut auf geringere Bildungs- und Teilhabechancen von Kindern und Jugendlichen aufmerksam gemacht. So erhalten sie beispielsweise trotz guter Leistungen keine Empfehlung für das Gymnasium und die Übergänge von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II gestalten sich schwieriger. Generell erfahren sie häufiger Benachteiligungen im Schulsystem (schlechtere Leistungen, Wiederholungen von Klassen usw.) (ebd., S. 7). Mit der Schließung von Kitas und Schulen verlagert sich Bildung und Erziehung in den familiären Bereich. Insbesondere benachteiligte Familie und ihre Kinder werden abgehängt: Die Eltern verfügen oftmals nicht über zeitliche Ressourcen, die Kinder zu Hause zu betreuen oder zu beschulen. Hinzu kommt, dass die technische Ausstattung mit Internetzugang, Computer, Drucker usw. oftmals nicht vorhanden ist, wodurch die Kinder das digitale Lehrangebot kaum oder gar nicht nutzen können. Bezüglich Technik und *homeschooling* arbeitet die Bertelsmann-Studie beispielweise heraus, dass jede 4. Familie keinen Computer besitzt. Laut JuCo-Studie trifft dies ebenso auf Jugendliche und junge Erwachsene zu – nicht jede*r Jugendliche verfügt über einen Rechner, Laptop oder ausreichend Internet (Andresen et al., 2020, S. 13). Die Bertelsmann-Studie warnt, dass die Bildungsungleichheiten mit der Krise weiter verschärft werden. Daher besteht dringender Handlungsbedarf seitens Politik und Gesellschaft.

Jung sein in Zeiten von Corona – aktuelle politische Herausforderungen

Abschließend ist zu erwähnen, dass neben den negativen Effekten auch positive Aspekte der Krise durch Jugendliche benannt werden, wie z.B. wahrgenommene Entlastung (z.B. weniger Anforderungen an Schulleistungen) durch die Corona-Krise für junge Menschen. Insbesondere junge Erwachsene mit psychischen Krisen verspüren laut Studie weniger sozialen Druck (Andresen et al. 2020, S. 15). Jedoch sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene – neben der Schule – in vielen Bereichen von der Krise betroffen. Die Bertelsmann-Studie erachtet es als wichtig, Kinder und Jugendliche zu Wort kommen zu lassen und ihrem Wissen, ihren Interessen und Bedarfen in der Politik Gehör zu verschaffen. Es geht um soziale Gerechtigkeit und den Abbau von Kinder- und Jugendarmut. In Bezug auf letzteres wird eine Kindergrundsicherung eingefordert (Bertelsmann Stiftung, 2020, S. 8). Junge Menschen möchten gehört werden und sich in Gesellschaft und Politik einbringen (ebd., S. 17). Die hohe Beteiligung an der JuCo-Studie deuten die Herausgeber*innen insofern, dass sich junge Menschen beteiligen und mitentscheiden möchten. Die befragten Jugendlichen geben an, dass sie sich bezüglich der Krise nicht gut informiert, nicht gehört und mit ihren Sorgen nicht ernst genommen fühlen (ebd., S. 9). Die JuCo-Studie weist diesbezüglich auf das Recht auf Beteiligung junger Menschen hin und fordert mehr Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen bezüglich aller Maßnahmen, die junge Menschen in der Krise betreffen (BJK 2019). Es ist wichtig, die Positionen, Anliegen und Ansichten junger Menschen im Umgang mit der Krise in politische Entscheidungen und in die Krisenbewältigung miteinzubeziehen (AGJ 2020, BJK 2020). Was brauchen Kinder und Jugendliche, wenn eine zweite Welle und ein erneuter Lockdown bzw. erneute, verstärkte Beschränkungen des öffentlichen Lebens, wenn auch ggf. nur lokal, drohen? Was muss besser verlaufen? Welche Ideen haben Kinder und Jugendliche für ihre Alltagsgestaltung in der Krise? Wie können Räume für junge Menschen erhalten bleiben? Welche Möglichkeiten für Freizeitgestaltung und Mobilität sind denkbar? Wie können die Familien besser unterstützt und entlastet werden? Nicht zuletzt geht es um die Frage nach Zugängen, nach Teilhabechancen und darum, sozialen Spaltungstendenzen sowie der Verhärtung von sozialen Ungleichheiten politisch entgegenzuwirken.

Vor, während und nach Corona: Zur Separierung von „Geistigbehinderten“

Vor Corona: strukturelle Exklusionsprozesse

Menschen, die als „geistig behindert“ gelten, werden in Deutschland systematisch vom Rest der Gesellschaft getrennt. Während noch immerhin 48% aller Kinder, die Eingliederungshilfe erhalten, eine inklusionsorientierte Regel-Kindertageseinrichtung besuchen (Bildungsbericht, 2020), werden nur 13,45% der Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt geistige Entwicklung in allgemeinen Schulen unterrichtet. Die übrigen 86,55% lernen in Förderschulen, die ausschließlich für Kinder und Jugendliche konzipiert sind, die als geistig behindert gelten (KMK, 2020). Von diesen Förderschulen wechseln weit über 90% der Abgänger*innen in Werkstätten für behinderte Menschen (BMAS, 2008). Obwohl eine der Aufgaben dieser Werkstätten die Unterstützung beim Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt darstellt, findet diese Transition lediglich bei weit unter einem Prozent der Werkstatt-Beschäftigten statt (Becker, 2017). Es wird davon ausgegangen, dass der Großteil der ca. 300.000 Erwachsenen, die als geistig behindert gelten und nicht bei ihren Eltern wohnen, in vollstationären Wohnstätten leben (Teilhabebericht, 2016).

Diese Zahlen stehen für eine historisch gewachsene Sonder-Welt, in der Lebenswege häufig schon vorgezeichnet sind. Damit verbunden sind systematische Exklusionsprozesse in institutionalisierte Lebens- und Arbeitswelten, die in einem starken Gegensatz zur von Deutschland 2008 ratifizierten Behindertenrechtskonvention stehen. Inklusionsorientierte Weiterentwicklungen in Bildung, Arbeit, Wohnen und Freizeit erforderten einen geradezu radikalen Wandel weg von einer zentralisierten Politik der Fürsorge hin zu einer dezentralisierten Politik der Teilhaberechte. In Bezug auf die Personengruppe der Menschen, die als geistig behindert gelten, sind mancherorts allenfalls einzelne „zarte Pflänzchen“ der Inklusion zu erkennen. Von diesen Ausnahmen abgesehen lässt sich von systematisierter Separation einer Bevölkerungsgruppe sprechen.

Entstanden sind diese Sonder-Institutionen unter anderem mit der Begründung, Menschen mit Behinderung nach den Gräueltaten im Nationalsozialismus die bestmögliche Förderung zukommen lassen zu wollen. Die in der Nachkriegszeit geschaffenen Strukturen prägen bis heute das Leben vieler Menschen. Dass diese Strukturen ein solch hohes Maß an Beharrungskraft aufweisen, kann im Kontext von Bestandswahrungen diskutiert werden, etwa in Bezug auf die so genannte Behindertenhilfe oder hinsichtlich des international unvergleichbar stark ausdifferenzierten Förderschulsystems.

Hinter diesen die gesamte Lebensspanne umfassenden separierenden Strukturen verbergen sich Biografien von Menschen, die es nicht anders kennen, als sich in Institutionen zu bewegen, die für sie vorgesehen sind. Im Schulalter bedeutet dies häufig lange Anfahrtswege im „Behindertenbus“ zu einer nicht-wohnortnahen Schule, deren Besuch sich vom Beginn des Schulalters bis hin zur Volljährigkeit zieht und in der ausschließlich Kinder und Jugendliche, die als geistig behindert gelten, unterrichtet werden. Im Erwachsenenalter stellen sodann Werkstätten für behinderte Menschen eine Institution dar, die qua Auftragslage zwar mit dem regulären Arbeitsmarkt verbunden ist, deren Beschäftigten jedoch in der Regel „unter sich“ bleiben. In Wohnstätten letztlich wohnen Menschen, die als geistig behindert gelten, zusammen und werden dabei von Fachkräften der „Behindertenhilfe“ begleitet; diese Konstellation birgt hohes Potenzial für asymmetrische Machtverhältnisse.

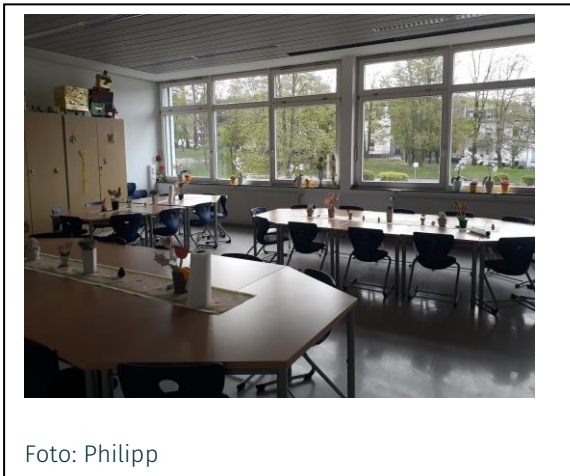


Foto: Philipp

Es gibt herausragende Förderschulen, die alles daran setzen, ihre Schüler*innen zu befähigen, ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu führen. Viele Werkstätten haben Außenarbeitsplätze eingerichtet und ermöglichen es einigen Beschäftigten, jenseits der Werkstatt – beispielsweise im Ortskern – zu arbeiten. In vielen Wohnstätten werden sehr ernsthafte Bemühungen unternommen, dass die Bewohner*innen eine ganze Reihe an Entscheidungen, die ihren Lebensalltag betreffen, selbst treffen können.

Für viele Menschen, die als geistig behindert gelten, führen jedoch die hochgradig separierenden Strukturen zu Lebensverläufen in von fremdbestimmter Fürsorge geprägten Sonder-Welten – dies untermauern empirische Studien, nach denen „geistigbehinderte“ Erwachsene

kaum Kontakt zu Menschen ohne Behinderung haben jenseits von Familie und Fachkräften (Buß, 2013).

Während Corona: intensivierte Separierung und menschenfeindliche Tendenzen

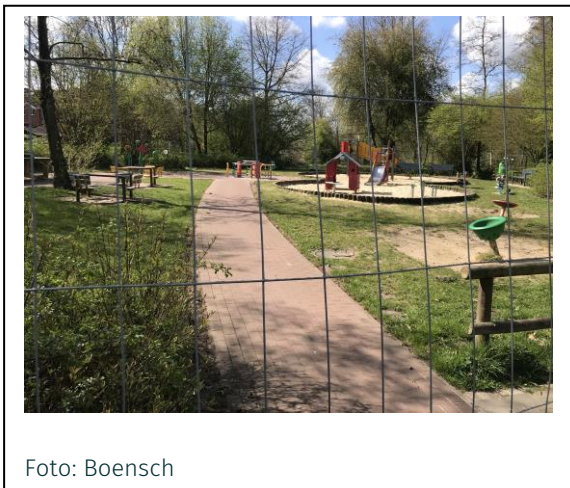


Foto: Boensch

Während der Corona-Krise hat sich (Stand September 2020) diese Umgangsweise mit „geistigbehinderten“ Menschen in Deutschland – soziale Isolation dieser Bevölkerungsgruppe durch die Kanalisierung in Sonder-Systeme – in hohem Maße intensiviert. Dies zeigt sich beispielsweise an teilweise rigiden und pauschalen frühen Schließungen von Werkstätten für behinderte Menschen und Förderschulen sowie Besuchsverboten in Wohnstätten. So konstatierte beispielsweise der Deutsche Behindertenrat in einer Pressemitteilung am 05.05.2020: „Die Besuchs- und Ausgangsbeschränkungen bedeuten für viele behinderte Menschen mehr Ausgrenzung denn je. Sie bleiben zu Hause oder in stationären Wohnformen, können z. T. nicht zur Arbeit und müssen auf Besuch verzichten, weil sie vor Corona geschützt werden sollen“ (Deutscher Behindertenrat,

2020, S. 1f.). Genau dieser gesamtgesellschaftliche Reflex, durch strenge Regeln Menschen mit Behinderung vor Corona „schützen“ zu wollen, verdeutlicht wie durch ein Brennglas, dass von Inklusions- und Teilhabeorientierung noch lange nicht die Rede sein kann. Hinter dem Deckmantel der Fürsorge lässt sich die Angst vermuten, dass die aus der Norm fallende Bevölkerungsgruppe der Menschen mit „geistiger Behinderung“ das Fortkommen der Durchschnittsgesellschaft hindere - zum Beispiel, weil Konzepte, die auf Selbstbestimmung abzielen, soziale Innovationen erfordern (etwa neuartige Wohnkonzepte oder tiefgreifende Schulentwicklungsprozesse), die gesamtgesellschaftliche Reformen sowie Umdenken voraussetzen.

Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass manche Menschen, die als geistig behindert gelten, aufgrund von Erkrankungen zu einer der Corona-Risikogruppen zählen. Die gesamte Gruppe „Geistigbehinderter“ jedoch pauschal als Risikogruppe zu kategorisieren und verstärkt sozial zu isolieren, ist fraglich – virologisch nachvollziehbar ist dies jedenfalls nicht. So teilt etwa das Institut für Teilhabeforschung in einer Pressemitteilung mit:

„Die ersten Ergebnisse dreier Studien zu COVID-19 Erkrankungen bei Menschen mit geistiger Behinderung liegen aus den USA, aus den Niederlanden und Schweden vor. Sie zeigen übereinstimmend, dass sich der Prozentanteil von Todesfällen bei an COVID-19 Erkrankten mit geistiger Behinderung nicht unterscheidet von dem Prozentanteil in der Gesamtbevölkerung“ (Institut für Teilhabeforschung, 2020, o. S.; Turk et al., 2020; Radboud University Medical Center, 2020, Cehajic et al., 2020).

Die Konsequenz aus dieser Erkenntnis müsste eine deutlich individuellere Einschätzung von spezifischen Gefährdungssituationen darstellen. Zu vermuten ist jedoch, dass der gesellschaftspolitische Reflex stärker sein wird, und „geistige Behinderung“ in einer Krisen-Phase mehr denn je als Bedrohung gesehen wird. Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, hat in einem Interview am zwei 22.05.2020 gewarnt: *„Ich spüre innerhalb der Gesellschaft das Schwinden einer ursprünglich mal sehr starken Solidarität und Achtsamkeit. Dabei geht es nicht um irgendwelche Nettigkeiten, sondern darum, in welchem Land wir leben wollen“* (Bruhns, 2020, o. S.).

Es entsteht der Eindruck, dass durch Corona „das wahre Gesicht“ der gesellschaftlichen Akzeptanz und Anerkennung von Menschen, die als geistig behindert gelten, zum Vorschein kommt. Ein bezeichnendes Beispiel dafür ist der siebenjährige Frederick, der mit Trisomie 21 gelebt und eine Regel-Grundschule in Hamburg besucht. Vorgesehen war am ersten Schultag nach dem Lockdown ein spezielles Hygienekonzept:

„Frederick, so war der Plan, sollte von seinen Klassenkameraden getrennt in einem Nebenraum sitzen, bis er die nötigen Abstands- und Hygieneregeln verinnerlicht habe – zu seinem eigenen und zum Schutz der anderen Kinder, wie es zur Begründung hieß“ (Rattenhuber 2020).

Gegen dieses Sitzen in einem „gläsernen Käfig“ beschwerte sich Fredericks Vater Ralf von der Heide im Rahmen eines pressewirksamen Brandbriefes mit Erfolg. Die Vorsitzende der Lebenshilfe Bundesvereinigung, Ulla Schmidt, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass man Grundschulkindern ganz grundsätzlich nicht dazu bringen könne, stundenlang Abstandsregeln einzuhalten – wieso solle hier bei Frederick eine Ausnahme gemacht werden? Der Umgang mit ihm sei „das genaue Gegenteil von Inklusion“. Ulla Schmidt bilanziert: *„Wir haben in den Wochen des Lockdowns schmerzhaft erfahren müssen, dass vieles, was wir auf den Weg gebracht haben, in der Krise nicht mehr vorhanden war“* (Rattenhuber, 2020).

Der Begriff Inklusion, der seit der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention in Deutschland häufig bemüht wird, erweist sich im Verlaufe der Corona-Krise als Leerformel. Ottmar Miles-Paul von der Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben formuliert es so: *„Gerade in Zeiten der Corona-Pandemie zeigt sich schändlich, wie weit Deutschland trotz UN-Behindertenrechtskonvention noch von Inklusion und Barrierefreiheit entfernt ist“* (ISL, 2020, o.S.).

Fredericks Vater hat sich zum Abschluss der Episode um den ersten Schultag seines Sohnes nach dem Lockdown grundsätzlich gefragt, *„was Frederick und die anderen Kinder wohl daraus gelernt hätten. Wohl vor allem, dass er nicht dazugehöre“* (Rattenhuber, 2020).

Nach Corona: Inklusion erfordert Radikalität

Eine solche Wahrnehmung, dass Menschen, die als geistig behindert gelten, nicht dazugehören, ist das Ergebnis grundsätzlicher gesellschaftspolitischer Entscheidungen und somit „hausgemacht“. Der Blick in andere Länder zeigt, dass es auch anders geht. So werden beispielsweise 92 % aller Schüler*innen mit special educational needs and disabilities in England in Regelschulen unterrichtet (Department for Education, 2018). Jede Schule muss dabei eine Person mit zeitlichen Ressourcen ausstatten, um als special educational needs coordinator inklusionsorientierte Schulentwicklung zu betreiben und zum Beispiel die interdisziplinäre Zusammenarbeit mehrerer Professionen im Rahmen eines stärker individualisierten Unterrichts zu unterstützen. Das funktioniert zwar mal besser und mal schlechter, aber eines ist sicher: Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung wachsen gemeinsam auf.

Wie kann es gelingen, die starren Separationsstrukturen in Deutschland zu durchbrechen, sodass Kontakte zwischen „geistigbehinderten“ und nicht „geistigbehinderten“ Menschen selbstverständlich sind? Nach der Kontakthypothese verringern sich dann Vorurteile zwischen unterschiedlichen Gruppierungen, wenn diese positiv konnotierte Kontakte miteinander haben. Auch mit Blick auf die Personengruppe der Menschen mit „geistigen Behinderungen“ konnten empirische Studien die Kontakthypothese bestätigen (Matteo/You, 2012; McManus/Feyer/Saucier, 2011).

Allerdings hat das erste Jahrzehnt nach der Ratifizierung der Behindertenrechtskonvention gezeigt, dass Inklusion, je nach Lebensbereich, schleppend, kaum oder gar nicht in Deutschland realisiert wird. Gefragt sind daher radikalere Konzepte, die tradierte Strukturen und Prozesse infrage stellen und disruptiv-nachhaltig verändern.

Das Evangelische Schulzentrum Martinschule ist ein gutes Beispiel für einen disruptiven Organisationsentwicklungsprozess: „Innerhalb von 25 Jahren öffnete sich die einstige ‚Schule für geistig Behinderte‘ zunächst zur inklusiven Grundschule und dann ergänzt zu einer Integrierten Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe“ (Der Deutsche Schulpreis, o. J., o.S.). Diesen Weg der sogenannten inversen Inklusion sind einige wenige Förderschulen in Deutschland gegangen. Das Prinzip lautet dabei: Die Schule öffnet sich für alle und behält dabei ihre förderpädagogische Expertise sowie die gewachsenen interdisziplinären Strukturen bei. Typisch für solche Schulen ist die Binnendifferenzierung des Unterrichts, der weitgehende Verzicht auf Ziffernnoten sowie die Wertschätzung von Vielfalt. Ganz wichtig ist dabei die Schulsozialarbeit, denn an Schulen wie der Martinschule, die 2018 den Deutschen Schulpreis gewonnen hat, spielt bspw. die Partizipation von Eltern eine herausragende Rolle. Um weitere und womöglich flächendeckend inklusive Schulen entwickeln zu können, ist allerdings ein politischer Wille vonnöten, der momentan nicht zu erkennen ist.

Ein weiteres Beispiel für radikale Konzepte stellt das Projekt des Instituts für Inklusive Bildung dar. Menschen, die als geistig behindert gelten und in Werkstätten für behinderte Menschen arbeiten, werden in einer dreijährigen Vollzeitqualifizierung zu Bildungsfachkräften ausgebildet, die in Hochschulen Lehrveranstaltungen (zum Beispiel Vorlesungen, ganze Seminar-Reihen oder Workshops) zu den Lebensrealitäten von Menschen mit Behinderung in Deutschland anbieten. Nach der Qualifizierung wechseln die vormaligen Werkstatt-Beschäftigten in sozialversicherungspflichtige Tätigkeiten auf dem ersten Arbeitsmarkt. Die Soziale Arbeit kann bei diesem Projekt zum einen in der Begleitung und Vorbereitung der Auszubildenden eine Rolle spielen. Zum anderen eignen sich Studiengänge der Sozialen Arbeit hervorragend zur Implementierung des Projekts an einer Hochschule.

Es gibt jedoch auch Ansätze, die innerhalb von separierenden Strukturen in hohem Maße inklusionsorientiert wirken können. In Bezug auf den Lebensbereich Wohnen könnten Fachkräfte der Sozialen Arbeit beispielsweise nach dem Heilpädagogischen Dreisatz vorgehen (Emmelmann/Greving, 2019). Dieser Dreisatz beinhaltet zunächst einmal die folgenden drei Grundannahmen: „1. Jeder Mensch ist darauf angelegt eigenständig aktiv zu werden. 2. Jeder Mensch möchte seine eigenen Entscheidungen treffen. 3. Jeder Mensch kann ein Leben lang lernen“ (ebd., S. 38). Auf der Grundlage eines solchen Menschenbildes besteht der Heilpädagogische Dreisatz aus den folgenden drei Bestandteilen: „1. Was ein Mensch alleine tun kann, soll er auch alleine tun. 2. Was ein Mensch noch nicht kann, kann er lernen. 3. Was ein Mensch nicht lernen kann, wird für ihn getätigt; jedoch in der Regel in seiner Anwesenheit“ (ebd. S, 39). Bezogen auf Wohnstätten würde die konsequente Berücksichtigung dieses Dreisatzes zu mehr Selbstständigkeit und Selbstbestimmung führen. Die Befähigung, möglichst selbstständig und selbstbestimmt leben zu können, stellt wiederum auf der Individualebene eine wichtige Voraussetzung für das Aufbrechen systematischer sozialer Isolation dar.

Covid-19-Pandemie und höheres Lebensalter

Das Bild eines Brennglases passt für die Lebenslage Alter wohl ebenso wie für die vorher beschriebenen Bevölkerungsgruppen: Wer bereits Benachteiligungen erfährt, für den haben sich diese in der Corona-Pandemie besonders verschärft. In diesem Abschnitt sollen solche Aspekte benannt werden, von denen ältere Menschen besonders betroffen waren und sind, wobei gleichzeitig die Heterogenität des Alters bedacht werden soll. Es werden deshalb zuerst einmal während der Corona-Krise besonders augenscheinliche Benachteiligungen bestimmter älterer Menschen in den Blick genommen. Danach wird auf das Fotoprojekt und den Bezug zur Lebenslage Alter eingegangen. Schließlich sollen Besonderheiten des dritten und vierten Lebensalters im Hinblick auf die Pandemie diskutiert werden.



Foto: Seybold

Die Lebensphase Alter muss nicht per se als Benachteiligung verstanden werden, doch ebenso wie in anderen Lebensphasen können spezifische Benachteiligungen auftreten. Das betrifft zum Beispiel diejenigen älteren Menschen, die in materieller Armut leben. Wer auf die Tafeln und ähnliche Unterstützungsmöglichkeiten für die Grundversorgung, etwa günstige Mittagstischangebote, angewiesen ist, stand gerade als älterer Mensch während des Lockdowns vor besonderen Schwierigkeiten, da viele dieser Einrichtungen und Dienste ihren Betrieb zeitweise eingestellt hatten. Zumal ältere Menschen oft über einen eher kleinen Aktionsradius verfügen und auf ihren unmittelbaren Sozialraum besonders angewiesen sind, was ein Ausweichen auf andere Angebote erschwert. Auch, dass es teilweise aufgrund von starker Nachfrage schwierig war, einige Waren der Grundversorgung zu kaufen, hat weniger mobile und weniger einkommensstarke ältere Menschen vor größere Probleme gestellt als andere Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig war es auch so, dass viele, oft ehrenamtlich organisierte, Unterstützungsangebote neu geschaffen wurden, die sich der besonderen Situation älterer Menschen annahmen und so versucht worden ist, die Einschränkungen abzumildern, zum Beispiel in Form von nachbarschaftlich organisierten Einkaufshilfen. Von einem unmittelbaren Versorgungsengpass ist also weniger auszugehen, problematisch waren höchstwahrscheinlich eher die für manche extrem eingeschränkten Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. In besonders extremer Form hat sich dies für ältere Menschen, die in stationären Pflegeeinrichtungen leben, gezeigt, in denen es

zeitweise zu Besuchsverboten und sogar Ausgangsbeschränkungen bis hin zu Ausgangsverboten kam – ein offensichtlicher Einschnitt in die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte der Betroffenen. Inzwischen sind die Maßnahmen zwar stark gelockert, doch es ist davon auszugehen, dass die Zeit der Isolation nicht ohne emotionale und körperliche Folgen geblieben ist (Sporket, 2020).

Doch auch ohne sich in einer spezifischen benachteiligten Situation befunden zu haben, waren ältere Menschen von Corona aufgrund der Zuschreibung als Risikogruppe in besonderem Maße betroffen, wie im Folgenden ausgeführt wird. Selbstverständlich sind nicht nur ältere Menschen von der Corona-Pandemie beeinträchtigt, sondern alle Bevölkerungsgruppen. Und es gibt durchaus pandemiebedingte Probleme, die viele ältere Menschen, die keiner direkt benachteiligten Gruppe angehören, eher am Rande berühren. So sind sie nicht auf geöffnete Schulen und Kita-Angebote angewiesen, auch wirtschaftliche Veränderungen betreffen viele, die finanziell abgesichert sind durch Vermögen und Ruhestandsbezüge, nicht unmittelbar. Gleichzeitig gibt es spezifische Problemlagen, die im Folgenden skizziert werden sollen, wobei auch die Rolle der Sozialen Arbeit aufgezeigt werden soll. Als Ausgangspunkt dafür wird auf das Fotoprojekt eingegangen.

Höheres Lebensalter im Fotoprojekt

Bei Durchsicht der Fotodokumentation der Studierenden ist das höhere Lebensalter wenig sichtbar, der Fokus liegt eher auf (während des sogenannten „Lockdowns“ verlassen) Orten, an denen sich üblicherweise Kinder, Jugendliche oder jüngere Erwachsene aufhalten. Das ist wenig erstaunlich, da dies auch zur Lebenssituation Studierender passt und ältere Menschen in deren Alltag nicht immer direkt vorkommen. Gleichzeitig ist diese Leerstelle auch charakteristisch. Sowohl allgemein dafür, dass ältere Menschen im öffentlichen Raum weniger präsent sind. Eher selten gibt es Angebote im öffentlichen Raum, die insbesondere für ältere Menschen eingerichtet werden. Und im Speziellen ist diese Leerstelle besonders charakteristisch für die Corona-Pandemie. Wie oben erwähnt gilt ein höheres Lebensalter als Risikofaktor für eine Erkrankung und für einen schweren Verlauf. Viele ältere Menschen haben die Öffentlichkeit während des sogenannten Lockdowns deshalb besonders gemieden bzw. wurden nicht selten von ihren Angehörigen angehalten, in der Häuslichkeit zu bleiben. Und die speziellen Regelungen für Bewohner*innen von Pflegeheimen schlossen diese regelrecht vom öffentlichen Leben in dieser Zeit aus. Die Studierenden hätten also gar keine Möglichkeit gehabt, die Situation von Menschen in Pflegeeinrichtungen bildlich festzuhalten – weil sie keinen Zugang zu diesen Einrichtungen hatten, selbst wenn es sich um Personen aus ihrem unmittelbaren familiären Umfeld handelte, und weil es noch dazu auch kaum Ausgangsmöglichkeiten für in Pflegeeinrichtungen lebende Menschen gab.

Die Bilder dokumentieren außerdem, wie sehr die damalige Situation als Ausnahmesituation wahrgenommen wurde. Teilweise durch das fotografische Festhalten von Aktivitäten, die während einer angenommenen kurzfristigen Zwangspause als passend angesehen wurden (die sogenannten „Hamsterkäufe“, oder Tätigkeiten wie Entrümpeln oder Renovieren), teilweise durch Dokumentation von zum Entstehungszeitpunkt der Bilder beachtenswerten Verhaltensweisen, die inzwischen zur Normalität geworden sind, etwa das Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes oder das Einhalten von Abständen zu anderen Personen. Vieles davon erschien während einer kurzfristigen Ausnahmesituation zwar ungewöhnlich, aber aufgrund der angenommenen Kürze der Maßnahmen kaum problematisch. Bei der nun länger andauernden Pandemiesituation ist es notwendig, genauer zu diskutieren, welche Auswirkungen die getroffenen Regelungen und Verhaltensnormen mit sich bringen könnten, wobei mit Blick auf das Alter auch die Heterogenität des Alters in den Blick genommen werden muss.

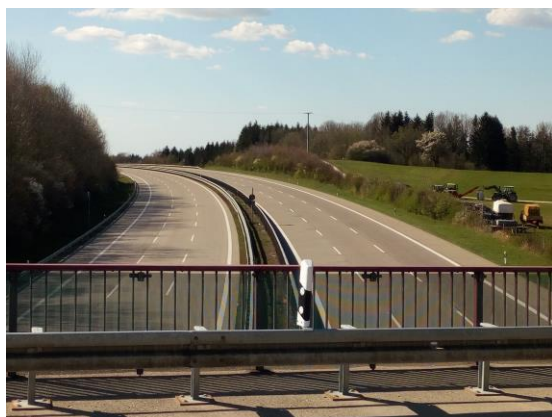


Foto: Kuntsche



Foto: Kuntsche

Heterogenität des Alters und Corona

„Ältere“ wurden vor allem zu Beginn der Pandemie pauschal, in der Regel ab dem 60., manchmal bereits ab dem 50. Lebensjahr, einer altersbedingten „Corona-Risikogruppe“ zugeordnet. Diese Kategorisierung mag dem Versuch einer einfachen und eindeutigen Kommunikationsstrategie geschuldet sein, ließ aber die Vielfalt des Alters jenseits chronologischer Gemeinsamkeiten außer Betracht. Es besteht die Gefahr, dass eine solche Abgrenzung zwischen Risikogruppe und Nicht-Risikogruppe gemäß dem Alter negativen Altersstereotypen Vorschub leistet. Sie birgt die Gefahr von Altersdiskriminierung, unter anderem dadurch, dass so die intergenerationale Solidarität erschwert wird oder Ältere als „lästig“ angesehen werden. Auch der Versuch von Angehörigen, Ältere durch Isolations-„Gebote“ zu schützen, kann paternalistische Züge annehmen, die der Selbstbestimmung älterer Menschen entgegenstehen (Ayalon et al., 2020; Kessler et al., 2020).

Um der Heterogenität des Alters zumindest teilweise Rechnung zu tragen, hat sich eine Unterscheidung von drittem und vierten Lebensalter etabliert. Beide Lebenssituationen sind unterschiedlich von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Grob gesagt spricht man dann vom dritten Lebensalter, wenn Menschen zwar aufgrund ihres Lebensalters und ihrer Lebenssituation, meistens dem Ruhestand, als älter wahrgenommen werden, ihr Leben aber aktiv und mit wenigen gesundheitlichen Einschränkungen gestalten können. Das vierte Lebensalter wird als die Zeit verstanden, in der Verletzlichkeit, gesundheitliche Probleme und Abhängigkeiten in den Vordergrund treten. Es überrascht nicht, dass das dritte Lebensalter als „neue“ Alterskonstruktion ein populäres Leitmotiv für das Älterwerden geworden ist, sowohl von der Gerontologie und damit auch von der sozialen bzw. sozialarbeiterischen Altenhilfe, als auch politisch regelrecht beworben wird, scheint es doch eine Art Lösung für die Schattenseiten des langen Lebens parat zu halten (van Dyk, 2009, S. 316-317).

Menschen im dritten Lebensalter werden häufig weniger als Adressat*innen Sozialer Arbeit, denn also „Potenzial“ für sogenanntes bürgerliches Engagement in Form von z.B. inner- und außerfamiliärer Kinderbetreuung, Besuchsdiensten oder Unterstützung von Geflüchteten angesehen. Diese Rolle steht in der Pandemie auf dem Prüfstand: Nicht immer sind für solche Aktivitäten Hygienekonzepte möglich, die die Ansteckungsgefahr ausreichend minimieren. Es bleibt abzuwarten, wie und ob dieser Funktionsverlust, den die bis dahin so gefragten bürgerschaftlich Engagierten durch die Pandemie erfahren, ausgeglichen werden kann. Hier ist soziale Arbeit in einer moderierenden Rolle gefragt, war es doch oft auch die Soziale Arbeit, die vor der Pandemie eine koordinierende und aktivierende Rolle für das Potenzial älterer Menschen übernahm. Potenzial waren und sind Menschen im dritten Lebensalter auch für die Pflege von Angehörigen, eine ohnehin belastende Rolle, die durch die Corona-Pandemie weiter erschwert wird. In Bezug auf pflegende Angehörige Demenzkranker haben Geyer et al. (2020, S. 195) gezeigt, dass die zusätzliche Belastung, etwa durch den Wegfall von Betreuungsgruppen, zwar ein Stressor ist, viele Betroffene jedoch aus ihrer ohnehin dauerhaft anstrengenden Situation heraus mit einer starken Stressbewältigungskompetenz ausgestattet sind, die auch auf den aktuellen Kontext angewandt werden kann.

Was das vierte Lebensalter angeht, sind direkte sozialarbeiterische Angebote für hilfs- und pflegebedürftige Menschen eher die Ausnahme als die Regel. Häufig werden soziale Angebote von anderen Berufsgruppen oder besagten bürgerschaftlich Engagierten abgedeckt und der Sozialen Arbeit kommt wenn, dann eine beratende oder koordinierende Funktion zu. Im Verständnis Sozialer Arbeit als Menschenrechtsprofession ist es aber geboten, die Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen bis hin zu einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit von Bewohner*innen



Foto: Cox

stationärer Einrichtungen, Besuchsbeschränkungen auch bei schwer Kranken aus sozialarbeiterischer Sicht zu evaluieren und auf mögliche Unverhältnismäßigkeiten zu diskutieren (z. B. Schweizerisches Kompetenzzentrum für Menschenrechte, 2020).

Sowohl ältere Menschen im dritten als auch im vierten Lebensalter sind von der medialen Darstellung Älterer als pauschal „vulnerabel“ oder gar „belastend“ in der Pandemie betroffen. Soziale Arbeit ist auch hier aufgefordert, solche Stereotypisierungen zur Sprache zu bringen.

Zwischenfazit

So unterschiedlich die Lebenssituationen älterer Menschen sind und so sehr die Heterogenität des Alters zu betonen ist, scheint sich doch das Thema „Einsamkeit“ – sei es ein selbstgewähltes Alleinsein aus Angst vor einer Ansteckung oder

eine zwangsweise oder zumindest erwünschte Isolation in Verbindung mit einem Wegfallen gewohnter Rollen und Tätigkeiten – wie ein roter Faden durch das Erleben der Pandemie zu ziehen. Hier ist der Rollen- und Funktionsverlust im dritten Alter zu nennen, durch den sich auch soziale Kontakte verändern können. Auch die starke Überlastungssituation pflegender und oft selbst älterer Angehöriger weist auf noch größere Einschränkungen zur Aufrechterhaltung eigener sozialer Netzwerke außerhalb der Pflegebeziehung hin. Und am stärksten und direktesten ist die Abschirmung vom restlichen Gemeinwesen wohl bei Menschen in stationären Einrichtungen zu beobachten. Wenn sich dadurch auch der Schutz vor einer Corona-Infektion verbessern mag, so kommen andere Schwierigkeiten dazu: aus früheren Studien ist bekannt, dass unfreiwillige Einsamkeit das Krankheits- und Sterblichkeitsrisiko erhöht. Eine Übertragung auf die Pandemie-Situation ist vielleicht nicht unmittelbar möglich, doch ein Bewusstsein für die Gefahren ist angebracht.

Gleichzeitig könnte hier die Corona-Krise mit ihrer Brennglasfunktion auch einen ohnehin bereits im Gange befindlichen Wandel hin zu digitalen Angeboten einen Schub geben, die in anderen Lebenssituationen und anderen Bevölkerungsgruppen schon längst selbstverständlich sind. Ein Beispiel ist „Distance Caregiving“ (Bischofberger et al., 2014, S. 84), also die Übernahme von Unterstützung durch Personen, die nicht im direkten Kontakt mit dem Pflegeempfänger bzw. der Pflegeempfängerin stehen. Sei es klassisch per Telefon oder wie bereits von vielen älteren Menschen praktiziert, per Videokonferenz, könnte, wie auch in der Arbeitswelt, unmittelbare Begegnungen sinnvoll ergänzen, auch die ambulante pflegerische Versorgung ließe sich mit Hilfe digitaler Angebote anders und wahrscheinlich auch nutzerfreundlicher gestalten, als dies derzeit der Fall ist. Entsprechende Entwicklungen sind im Gange und können im Verlauf der Pandemie als auch darüber hinaus eine sinnvolle Ergänzung bestehender Angebote darstellen.

Gemeinwesenarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie

Unterstützungsmöglichkeiten im Gemeinwesen

Die vorangegangenen Abschnitte verdeutlichen die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf verschiedene Lebensalter. Je nach Alter und sozialer Lage beeinflusst die Pandemie den Lebensalltag aller Bürger*innen auf unterschiedliche Weise. Im Quartier treffen alle diese Personen unterschiedlichen Lebensalters sowie verschiedener Herkunft, sozialer Lage und unterschiedlicher gesundheitlicher Voraussetzungen aufeinander. Was aber geschieht, wenn der Austausch auch im Quartier nicht mehr möglich ist und auch hier alle Bewohner*innen zunehmend auf sich alleine gestellt sind, da Begegnungsmöglichkeiten wegbrechen? Was passiert, wenn Stadtteilzentren nicht mehr offen sind und Bewohner*innen keine persönlichen Hilfestellungen mehr zur Alltagsbewältigung erhalten, ihr regelmäßig genutztes Freizeitangebot plötzlich nicht mehr stattfindet oder Spielplätze abgesperrt sind und Eltern sich nicht mehr persönlich austauschen? Wie können Senior*innen weiterhin erreicht werden, wenn der persönliche Zugang nicht mehr möglich ist, die Gefahr von Einsamkeit aber gerade in der Zeit der Pandemie zunehmend wächst? Wie können Jugendliche ihre Freizeit gestalten, wenn sie nicht mehr den Bolzplatz nutzen dürfen und wie kann das Wohl von Kindern gesichert werden, dem in benachteiligten Quartieren besondere Aufmerksamkeit zuteilwird? Wie können Geflüchtete weiterhin Sprachförderung erhalten oder ehrenamtlich tätige Bürger*innen ihre Ressourcen als Unterstützung einbringen.



Foto: Heldmann

Gemeinwesenarbeit hat sich als Arbeitsprinzip etabliert, um das Wohn- und Lebensumfeld aller Bewohner*innen eines Quartiers gemeinsam mit diesen in den Blick zu nehmen, um die dortigen materiellen, infrastrukturellen und immateriellen Bedingungen zu verbessern und Unterstützung im unmittelbaren Wohnumfeld zu leisten (Stövesand/Stoik 2013, S. 21). Gemeinwesenarbeit kommt häufig in Quartieren zur Anwendung, in denen die Bewohner*innen sowohl mit ökonomischen als auch sozialen

Benachteiligungen konfrontiert sind. Persönliche Ansprechpartner*innen vor Ort in Form von Gemeinwesenarbeiter*innen sind für diese und ihre Familien wichtige Akteur*innen zur Bearbeitung individueller und struktureller Herausforderungen und bieten Orientierung sowie Unterstützung bei der Alltagsbewältigung.

Im Rahmen von Gemeinwesenarbeit existieren vielfältige Unterstützungsangebote, die von Nähkursen über Repaircafés oder Urban Gardening und Übersetzungshilfen reichen und sich an den individuellen, vorab identifizierten, Bedarfen der Bewohnerschaft orientieren. Dabei setzt Gemeinwesenarbeit an den Ressourcen des Quartiers an, sodass die Angebote häufig maßgeblich von Bewohner*innen vor Ort mitgetragen werden. Die Aktivitäten sind zielgruppenübergreifend und richten sich an alle in einem Quartier lebenden Menschen (LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V., 2019). Sie sind ein erfolgreiches Bindeglied zwischen Personen unterschiedlicher Herkunft und Lebenslagen. Es findet Begegnung statt, die sonst keinen Ort findet, aber maßgeblich zur Integration unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen beiträgt. Die Angebote ermöglichen Kennenlernen, Austausch und zeigen die Ressourcen der Bewohnerschaft auf. Für die Teilnehmenden sind sie zentraler Bestandteil ihres Alltags und geben Struktur, Orientierung sowie wichtige Hilfe in der Lebensbewältigung. Was aber passiert, wenn



Foto: Heldmann

diese wichtigen Kontaktpersonen von heute auf Morgen wegfallen, weil Beratungs- oder Freizeitangebote durch die Corona-Pandemie nicht mehr stattfinden können? Wo finden Bewohner*innen aus sogenannten benachteiligten Quartieren dann in welcher Form Unterstützung?

Kontinuität als Voraussetzung für gelingende Gemeinwesenarbeit

Zentral für eine gelingende Gemeinwesenarbeit ist Kontinuität, sowohl in Form finanzieller als auch personeller Ressourcen. Das Vertrauen der Bewohner*innen in die Mitarbeitenden vor Ort ist maßgeblich für ihre Teilnahme an Veranstaltungen und eine finanzielle Ausstattung, die den kurzfristigen Einsatz von Mitteln für ermittelte Bedarfe ermöglicht, ein wichtiger Gelingensfaktor für die Arbeit im Quartier.

Seit den 1960er Jahren setzt sich Gemeinwesenarbeit in Hessen gemeinsam mit Bewohner*innen direkt vor Ort für die Verbesserung von Wohn- und Lebensbedingungen ein und wird seitens des Landes finanziell mitgetragen. Durch die Entwicklung von Beteiligungsstrukturen verschafft sie Bewohner*innen Gehör, die sonst kaum wahrgenommen werden und macht öffentlich und politisch wirksam auf Missstände in benachteiligten Quartieren aufmerksam. Ausgangspunkt waren zunächst Obdachlosenwohnsiedlungen, die in den 1960er Jahren an Stadträndern entstanden sind und in denen häufig größere Familien in prekären Wohnverhältnissen lebten.

Im Jahr 2004 hat die hessische Gemeinwesenarbeit massive finanzielle Restriktionen seitens der Landesregierung erfahren, da diese die Ko-Finanzierung für Gemeinwesenarbeit beendete und langjährig aufgebaute Strukturen und zentrale Angebote in den Quartieren weggebrochen sind (Schimpf/Emanuel, 2015, o. S.).

Im Jahr 2015 hat die Landesregierung im Rahmen des Hessischen Sozialbudgets und des Hessischen Aktionsplans zur Integration von Geflüchteten sowie zur Unterstützung des gesellschaftlichen Zusammenhalts das Förderprogramm „Gemeinwesenarbeit“ aufgelegt, mit dem Ziel, „die nachhaltige positive Entwicklung in Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen in Hessen zu unterstützen“ (LAG Soziale Brennpunkte Hessen e. V., 2020). Dieses Förderprogramm trägt dazu bei, die soziale Infrastruktur vor Ort auszubauen und durch länger angelegte Förderungen wieder Kontinuität herzustellen. Das Förderprogramm hatte ursprünglich ein Fördervolumen von 1,8 Millionen Euro, wurde aber aufgrund des bestehenden Bedarfes auf 4,5 Millionen Euro erhöht. Seit Beginn des Förderprogrammes ist ein neuer „Boom“ der Gemeinwesenarbeit zu beobachten, denn bis Mitte des Jahres 2019 wurden 50 Förderstandorte hessenweit mit 350 unterschiedlichen Maßnahmen gefördert (ebd., 2019). Dadurch können die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen der letzten Jahre aufgegriffen und bearbeitet werden. Die zunehmende Einwanderung nach Deutschland hat (empfundene) Konkurrenzen u. a. auf dem Wohnungsmarkt sowie populistische Tendenzen verstärkt und die Integration aller Bevölkerungsgruppen in Quartier und Gesellschaft hat weiterhin an Bedeutung gewonnen. Diese Entwicklungen werden im Rahmen der Gemeinwesenarbeit aufgegriffen und auf Quartiersebene Integration ermöglicht, die positiv auf gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge wirken kann, denn das Quartier ist häufig der Ort, an dem unterschiedliche Bevölkerungsgruppen aufeinandertreffen und wo Integration beginnt. Die Erfolge von Gemeinwesenarbeit werden in Hessen vor allem durch dieses Förderprogramm wieder verstärkt öffentlich sichtbar und Erfolge medial verarbeitet. Das Förderprogramm zeigt eine positive Bilanz und die Etablierung von Anlaufstellen mit kontinuierlichen Ansprechpartner*innen im Quartier werden als größter Erfolg gewertet (ebd., 2020 S. 11).

Nun aber ist auch das Arbeitsfeld der Gemeinwesenarbeit in seiner Arbeitsweise eingeschränkt und aufgefordert, neue Kommunikationswege mit seinen Nutzer*innen zu finden. Gut frequentierte, regelmäßige Freizeit- und Unterstützungsangebote im Quartier können nun plötzlich aufgrund der Corona-Pandemie nicht mehr durchgeführt werden und den Bewohner*innen wird eine wichtige Konstante in ihrem Alltag genommen. Die Einschnitte aufgrund des Lockdowns sind massiv und zeigen sich im Gemeinwesen über alle Zielgruppen hinweg. Gerade die Bewohner*innen aber, die die soziale Infrastruktur im Stadtteil nutzen und sich vor Ort für andere einsetzen, brauchen diese Angebote, da sie ihnen Stabilität, Kontinuität und Unterstützung bei der Lebensbewältigung bieten. Ihre Sorgen werden dort wahrgenommen, sie erleben Austausch mit Gleichgesinnten sowie Struktur in ihrem häufig problembelasteten Alltag. Was passiert, wenn alle diese wichtigen Komponenten plötzlich wegbrechen? Welche nachhaltigen negativen Auswirkungen für Bewohner*innen und Quartier das haben kann, wird sich voraussichtlich in den kommenden Monaten zeigen. Es besteht berechtigterweise die Sorge, dass bestimmte Gruppen wie Senior*innen zunehmend vereinsamen oder sich nicht gebraucht fühlen, nicht zuletzt, da sie als Risikogruppe im Rahmen des Virus kontinuierlich als besonders gefährdet herausgestellt werden und man ihnen den Verbleib in den eigenen vier Wänden fast „verordnet“. Sie sind weniger körperlich aktiv, geringer kognitiv beansprucht und können ihre Ressourcen in Form ehrenamtlicher Aktivitäten plötzlich nicht mehr aktiv einbringen. Familien in benachteiligten Quartieren, die unter der mangelhaften Wohnqualität und beengten Wohnverhältnissen leiden, sind nun auf engstem Raum miteinander konfrontiert und Ausweichmöglichkeiten wie Spielplätze, institutionelle Freizeitangebote oder elementare Betreuungsmöglichkeiten wie Kita oder Schule fehlen. Die Gefahren einer Überforderung für Eltern und Kinder sind spürbar und hinzu kommt die Angst vor materiellen Verlusten durch Kurzarbeit oder drohende Arbeitslosigkeit aufgrund der wirtschaftlichen Konsequenzen der Pandemie. Diese zusätzlichen finanziellen Ängste können Gewaltpotenziale und emotionale Belastungen verstärken.

Alternative Kommunikationswege im Gemeinwesen

Die skizzierten multiplen Herausforderungen zeigen, wie wichtig es ist, dass gerade Bewohner*innen benachteiligter Quartiere weiterhin Unterstützung erfahren, auch wenn persönliche Kontakte in Pandemie-Zeiten nur sehr eingeschränkt möglich sind. Doch wie kann eine Kontaktaufnahme ohne direkten Kontakt gestaltet werden, unter Berücksichtigung, dass vielen Bewohner*innen keine adäquate digitale Ausstattung zur Verfügung steht, um an virtuellen Alternativen zu partizipieren?

Praxisbeispiele verdeutlichen, dass Gemeinwesenarbeit auch in Zeiten einer Pandemie in der Lage ist, kreativ auf neue Herausforderungen zu reagieren und die Bedarfe sowie Ressourcen und Netzwerke in einem Quartier nutzt, um Unterstützung zu leisten. Gemeinwesenarbeiter*innen haben die veränderten Rahmenbedingungen für ihre Arbeit erschlossen, die neuen Bedarfe aufgegriffen und Unterstützung organisiert. Bewohner*innen haben z. B. Schutzmasken genäht für die Menschen in ihrem Quartier und Gemeinwesenarbeiter*innen Gabenzäune errichtet, an denen u. a. Lebensmittel oder Hygieneartikel für Hilfsbedürftige gehängt werden können, damit sie Güter erhalten, die ihnen sonst von unterschiedlichen Institutionen zur Verfügung gestellt werden, die nun geschlossen sind.

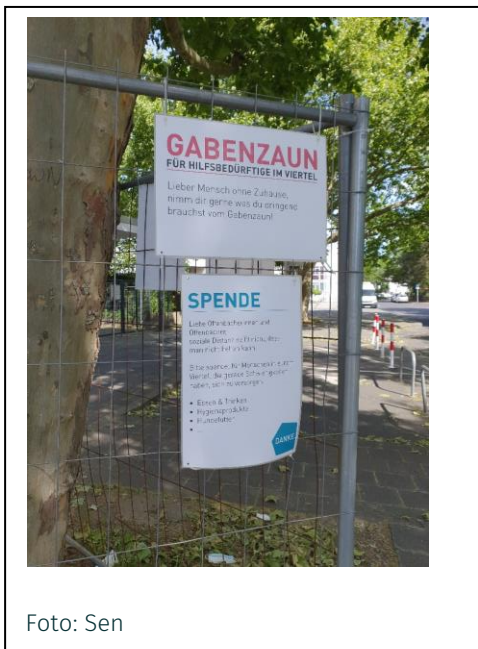


Foto: Sen

Es stellt sich die Frage, wie Soziale Arbeit im Quartier künftig aufgestellt sein muss, um auch in Pandemie-Zeiten und darüber hinaus, bestehen zu können? Es ist unklar, wie lange die aktuelle Pandemie anhalten wird und ob dieser weitere Pandemien folgen, weshalb es zwingend notwendig ist, zusätzlich alternative Kommunikationswege für die Quartiersarbeit zu finden, die langfristig tragfähig sind. Die aktuelle Situation verdeutlicht, dass es v. a. frei verfügbare finanzielle Ressourcen braucht und eine gute technische Ausstattung, die im Alltag Anwendung findet. Es braucht Mittel, die schnell und frei zur Verfügung stehen und nicht bereits an weit im Voraus geplante Projekte geknüpft sind. Diese Finanzmittel können dann für neue Maßnahmen, die sich aus aktuellen Herausforderungen ergeben, aufgewendet werden. Außerdem wird eine adäquate technische Ausstattung benötigt, die dauerhaft zur Verfügung steht und der keine bürokratischen Hürden entgegenstehen. Träger sozialer Einrichtungen debattierten in den letzten Jahren oft über die Nutzung jeweils aktueller Plattformen wie Facebook, Whatsapp, Instagram oder Dienst-Smartphones für die Mitarbeitenden. Soziale Arbeit darf

sich der Nutzung dieser Kanäle nicht länger versperren und muss versuchen, digital aktuell zu bleiben, um seine Nutzer*innen auch über die persönliche Ansprache hinaus, die selbstverständlich dauerhaft nicht zu ersetzen ist, zu erreichen. Die Corona-Pandemie verdeutlicht die Wichtigkeit solcher zusätzlichen Kommunikationswege. Außerdem zeigt die Pandemie gesellschaftliche Missstände auf und verdeutlicht, dass gerade Menschen, die in Quartieren mit besonderen Herausforderungen leben, nicht vergessen werden dürfen in Krisenzeiten, da sie es sind, die maßgeblich von der Schließung sozialer Infrastruktur betroffen sind und nachhaltige negative Auswirkungen zu befürchten sind, wenn sie keine alternativen Unterstützungsmöglichkeiten erhalten.

Fazit: Chancen des Lebensalter-übergreifenden Blicks auf die Folgen der Corona-Pandemie durch Forschendes Lernen

Natürlich war es angesichts der Unvorhersehbarkeit der Pandemie und ihren Auswirkungen nicht möglich, das Forschungsvorhaben von langer Hand zu planen. Die Foto-Dokumentation musste innerhalb kürzester Zeit nach Semesterbeginn durchgeführt werden, da gerade die bis dahin völlig unbekanntem besonders starken Einschränkungen, inklusive z. B. der Schließung des Einzelhandels, die je nach Bundesland bis ca. Ende April dauerten, dokumentiert werden sollten. Es war entsprechend zeitlich nicht möglich, umfassende Vorbereitungen zu treffen, insbesondere was den Einbezug der Studierenden bei der Planung des Projektes und die Orientierung an deren spezifischen Interessen anging. Folglich waren z. B. der Ablauf des Projektes, die Fragestellung und der Zeitrahmen durch die Lehrenden vorgegeben und koordiniert. „Forschendes Lernen“ hieß in diesem Fall deshalb nicht, die selbstständige Erarbeitung einer Fragestellung, Methodenwahl usw., aber durchaus die aktive Teilnahme an einem Forschungsprojekt. Es war dem Projektteam ein Anliegen, die Studierenden nicht in der Rolle als passive Datenlieferant*innen zu sehen, sondern aktiv als Produzent*innen der Fotos in den Prozess einzubinden. Dies entspricht auch dem Gedanken der qualitativen, visuellen Sozialforschung, nämlich die Perspektive des Autors bzw. der Autorin zu berücksichtigen und das Bild als ein Produkt der fotografischen Praxis des Forschenden – hier

der Studierenden – zu verstehen und dementsprechend bei der Analyse miteinzubeziehen (Cuny, 2020, S. 94ff.). Die Studierenden sollten die Möglichkeit haben, ihre individuellen Eindrücke des Lockdowns visuell wiederzugeben, sich methodisch auszuprobieren und aktive inhaltliche Mitgestalter*innen des Projektes zu werden.

Rückblick: Forschendes Lernen als didaktisches Element (Rahmenbedingungen)

Das forschende Lernen bot sich als Methode geradezu mustergültig an, um sich mit der Corona- Pandemie zu befassen. Forschendes Lernen eignet sich besonders für solche Themengebiete, die eine neue Problemstellung aufweisen und für die ein eindeutiger oder gar ein einziger Lösungsweg kaum erwartbar ist (Bognandow/Kauffeld, S.146), was bei der Corona-Pandemie auf vielen Ebenen der Fall ist. Dies gilt zum Veröffentlichungszeitpunkt dieser Publikation weiterhin und nach derzeitigem Stand auch noch weit darüber hinaus, da ein Ende der Pandemie noch nicht voraussehbar ist.

Das Forschende Lernen ist eine erprobte und schon lang etablierte hochschuldidaktische Methode. Als Ziele werden unter anderem die Förderung individueller Interessen und Neugier, die Förderung einer forschenden Haltung, Kennenlernen des Forschungsprozesses und Auseinandersetzung mit der disziplinären Identität genannt (Lübcke/Heudorfer, 2019, S. 35). Allerdings ist nicht eindeutig empirisch belegt, ob diese Ziele durch forschendes Lernen erreichbar sind. Womit das forschende Lernen damit keine Ausnahme bildet, insgesamt gibt es nach wie vor noch wenige Befunde, die sich empirisch ausführlich mit der Wirksamkeit hochschuldidaktischer Maßnahmen befassen und diese belegen können (Huber/Reinmann, 2019, S. 312). Es versteht sich von selbst, dass auch bei diesem Projekt angesichts der insgesamt veränderten Rahmenbedingungen in der Lehre und der Dringlichkeit, mit der das Projekt begonnen und zügig durchgeführt werden musste, eine solche Erhebung ebenfalls nicht zusätzlich machbar war. Gleichwohl sollen hier abschließend einige der gemachten Erfahrungen und Eindrücke geschildert und ein Ausblick auf das weitere geplante Vorgehen gegeben werden.

Durchführung

Wie eingangs erwähnt, stieß die Anfrage, sich am Projekt zu beteiligen – trotz des knappen Zeitbudgets der Studierenden und eines Arbeitsauftrags über das normale „prüfungsrelevante“ Pensum hinaus - auf großes Interesse. Daraus kann geschlossen werden, dass es auch den Studierenden ein Anliegen war, die Pandemie-Situation im Zusammenhang mit ihrem Studium und ihrem Studienfach genauer zu betrachten. Nicht alle Studierenden waren mit den Methoden der qualitativen Sozialforschung, im Speziellen mit der visuellen Forschung, vorab vertraut. Doch die meisten besitzen ein Smartphone und sind es gewohnt, damit im Alltag auch visuell zu kommunizieren. Durch diese Alltagspraxis konnten auch die Studierenden der Fragestellung des Projektes – also die Veränderungen im öffentlichen Raum fotografisch festzuhalten – leicht folgen.

Weiteres Vorgehen

Die Weiterführung des Projektes erfolgte im nächsten Schritt zunächst durch die Lehrenden, die die Auswahl von für die Fragestellung besonders typischer Fotos übernahmen und in die vorliegende schriftliche Ausarbeitung einfließen ließen. Im weiteren Verlauf ist eine standortübergreifende – den Umständen geschuldet virtuelle – Veranstaltung gemeinsam mit den Studierenden geplant, an der die Ergebnisse – sowohl in Bild- als auch in Schriftform vorgestellt werden, die Methode erläutert und ein Erfahrungsaustausch initiiert werden soll. Für jedes Themengebiet lassen sich Anschlussfragen an den Text in Kombination mit der Bilddokumentation formulieren.

Themengebiet	Beispielhafte weiterführende Fragestellungen
Kindheit und Jugend	Welche neuen (virtuellen) Räume sind für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene vor dem Hintergrund von Einschränkungen und Kontaktverboten wichtig und müssen in Politik und Gesellschaft stärkere Beachtung finden? Mit welchen visuellen Methoden lassen sich diese erforschen? Was muss in Politik und Praxis unternommen werden, dass junge Menschen in prekären Lebenslagen nicht verloren gehen?
Menschen mit „geistiger“ Behinderung	Was rechtfertigt die starke soziale Isolierung von Menschen, die als geistig behindert gelten, während Pandemien? Wie sähen inklusive Räume im Vergleich zu den sozial isolierenden Räumen aus? Wie würden sich Fotos, die inklusiv aufwachsende Menschen mit „geistiger“ Behinderung von ihrer Lebenswelt machen, von denjenigen unterscheiden, die separiert aufwachsen?
Ältere Menschen	Ist das Fehlen älterer Menschen bei der Durchsicht der Fotos aufgefallen? Was sind die eigenen Erfahrungen mit dem Thema, z.B. in der beruflichen Praxis oder im persönlichen Umfeld? Ist Ihnen das Konzept der Altersdiskriminierung bekannt? Wie unterscheidet sich Altersdiskriminierung von anderen Formen der Diskriminierung? Welche Möglichkeiten gäbe es, die Soziale Isolation älterer Menschen abzufedern? Sehen Sie die ältere Generation gegenüber Ihrer als privilegiert an?
Gemeinwesenarbeit	Wie nehmen Sie Ihr Gemeinwesen im Kontext der Pandemie wahr? Kennen Sie Netzwerke, die sich gebildet haben, um sogenannte Risikogruppen zu unterstützen? Welche alternativen Möglichkeiten des Zusammenkommens und Austauschs ergeben sich auch in Zeiten von Abstandsregelungen und Kontaktbeschränkungen? Wie kann es gelingen, Menschen, die von Armut, Einsamkeit und Überforderung bedroht sind, im Gemeinwesen zu unterstützen? Welche Rolle kommt hier der Sozialen Arbeit zu?

Nicht nur inhaltlich, auch methodisch, soll der Dialog mit den Studierenden fortgeführt werden, z.B. was eine gemeinsame abschließende Dokumentationsform der Bilder und des Gesamtprojektes angeht.

Resümee

Eines der Ziele des forschenden Lernens ist die Förderung einer forschenden Haltung und es spricht vieles dafür, dass dieses durch die direkte Beteiligung der Studierenden in mehreren Phasen des Forschungsprojektes auch erreicht werden konnte. Gerade für Studierende der Sozialen Arbeit ist damit ein besonders wichtiger Kompetenzbereich bearbeitet worden, der nicht nur als Fähigkeit für das weitere Studium, sondern gerade auch für die sozialarbeiterische Praxis, von Bedeutung ist. Praxisforschungskompetenz gehört zu den vom DBSH, dem Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit, ausgemachten Kompetenzen Sozialarbeitender (Maus et al., 2013, S. 111). Dass es sich dabei um keine Leerformel handelt, führt die Corona-Pandemie vor Augen. Die Herausforderungen durch die veränderten Rahmenbedingungen lassen sich durch Mittel der Praxisforschung – wie zum Beispiel der visuellen Sozialforschung – systematisch und zielgerichtet erfassen. Auf diese Dokumentation aufbauend können Anpassungen diskutiert werden und danach Angebote der Sozialarbeit ggf. verändert werden.

Als weiteres hochschuldidaktisches Ergebnis lässt sich festhalten, dass deutlich wurde, dass eine standortübergreifende Zusammenarbeit nicht nur möglich ist, sondern für das Projekt auch sehr fruchtbar war.

Nur so war eine fast deutschlandweite Fotodokumentation innerhalb kürzester Zeit überhaupt durchführbar. Auch für die weiteren Arbeitsschritte ist anzunehmen, dass die standortübergreifende Vernetzung einen Mehrwert darstellt.

Literaturverzeichnis:

- AGJ (2020): *Jugend stärken – auch und gerade unter Corona-Bedingungen unerlässlich!* Onlinepublikation der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe. URL: https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2020/AGJ-Zwischenruf_Jugend_st%C3%A4rken.pdf, abgerufen am: 21.09.2020.
- Andresen, Sabine et al. (2020): *Erfahrungen und Perspektiven von jungen Menschen während der Corona-Maßnahmen. Erste Ergebnisse der bundesweiten Studie JuCo.* Onlinepublikation des Universitätsverlags Hildesheim. URL: https://www.dksb.de/fileadmin/user_upload/JuCo_StudieJugendliche.pdf, abgerufen am: 21.09.2020.
- Ayalon, Liat et al. (2020): *Aging in Times of the COVID-19 Pandemic: Avoiding Ageism and Fostering Intergenerational Solidarity.* In: The journals of gerontology. Series B, Psychological sciences and social sciences. Vorab-Online Publikation <https://doi.org/10.1093/geronb/gbaa051>
- Becker, Uwe (2017): *Inklusion in den Arbeitsmarkt von Menschen mit Behinderung – ein Trilemma.* In: Teilhabe, 56, H. 2, S. 56-61.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2020): *Factsheet. Kinderarmut in Deutschland.* Gütersloh. Onlinepublikation der Bertelsmann Stiftung. URL: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-kinderarmut-in-deutschland>, abgerufen am: 21.09.2020.
- Bildungsbericht (2018): *Bildung in Deutschland 2020. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung in einer digitalisierten Welt.* Herausgeber: Autorengruppe Bildungsberichterstattung. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag.
- Bischofberger, Iren et al. (2020): *Pflegebedürftige Angehörige über Landesgrenzen hinweg unterstützen: Erkenntnisse aus zwei Fallstudien.* In: Pflege & Gesellschaft, Vol. 1/22, S. 84-93
- BJK (2019): *Junge Menschen in der Politikberatung. Empfehlungen für mehr Beteiligung der jungen Generation auf Bundesebene. Stellungnahme des Bundesjugendkuratoriums.* Berlin 2019.
- BJK (2020): *Unterstützung von jungen Menschen in Zeiten von Corona gestalten! Zwischenruf des Bundesjugendkuratoriums.* Onlinepublikation des Bundesjugendkuratoriums. URL: <https://www.bundesjugendkuratorium.de/stellungnahmen>, abgerufen am: 21.09.2020.
- BMAS (2016): *Teilhabebericht der Bundesregierung über die Lebenslagen von Menschen mit Beeinträchtigungen 2016.* Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales 2016.
- BMAS (2008): *Entwicklung der Zugangszahlen zu Werkstätten für behinderte Menschen.* Im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

- Bogdanow, Pamela/ Kauffeld, Simone (2019):
Forschendes Lernen. In Kauffeld, Simone /Othmer, Julius (Hrsg.):
Handbuch Innovative Lehre. Springer, Wiesbaden 2019, S. 143-149
- Böhnisch, Lothar/Schröer, Wolfgang (2018):
Lebensbewältigung. In: Graßhoff, Gunther/Renker, Anne/Schröer, Wolfgang
(Hrsg.): *Soziale Arbeit. Eine elementare Einführung*. VS-Verlag, Wiesbaden
2018, S. 317-326.
- Buß, Annika (2011):
*Soziale Netzwerke von Menschen mit geistiger Behinderung: Die Relevanz
sozialer Kontakte in institutionellen Wohneinrichtungen*. VDM Verlag Dr.
Müller, Saarbrücken.
- Cehajic, A., Lyseel, H., Flyckt, K. (2020):
Statistik om bekräftat smittade och avlidna med dödsorsak covid-19 bland
personer med boendeinsats inligt lagen om stöd och service till vissa
funktionshindrade 2019. Swedish National Board of Health and Welfare
(Socialstyrelsen)
- Cuny, Cécile (2020):
Itinéraire d'une collaboration. Entretien avec Bernard Renoux. In: Cuny,
Cécile/Färber, Alexa/Jarrigeon, Anne (Hrsg.): *L'Urbain par l'image.
Collaborations entre arts visuels et sciences sociales*. Créaphis Editions,
Grane 2020, S. 94-103
- Cuny, Cécile/Färber, Alexa/Hägele, Ulrich (2014):
Fotografie und städtischer Wandel. Editorial. In: Cuny, Cécile/Färber,
Alexa/Hägele, Ulrich (Hrsg.): *Fotografie und städtischer Wandel.
Fotogeschichte. Beiträge zur Geschichte und Ästhetik der Fotografie*, Heft
131, Jg. 34, S. 3-4 (2014).
- Der Deutsche Schulpreis (o.J.):
*Evangelisches Schulzentrum Martinschule. Greifswald, Mecklenburg-
Vorpommern. Hauptpreisträger 2018*. URL: [https://www.deutscher-
schulpreis.de/preistraeger/evangelisches-schulzentrum-martinschule](https://www.deutscher-schulpreis.de/preistraeger/evangelisches-schulzentrum-martinschule)
abgerufen am 12.10.2020.
- Emmelmann, Ingo/Greving, Heinrich (2019):
*Erwachsene Menschen mit geistiger Behinderung und ihre Eltern. Vom
Ablösekonzept zum Freiraumkonzept*. Kohlhammer, Stuttgart.
- Geyer, Jennifer et al. (2020):
*Die Lebenssituation von Menschen mit Demenz und pflegenden
Angehörigen während der Coronavirus-Pandemie*. In: *Pflege*, Vol. 04/33, S.
189-197.
- Groth, Stefan/Ritter, Christian (Hrsg.) (2019):
*Zusammen arbeiten. Praktiken der Koordination und Kooperation in
kollaborativen Prozessen*. Transcript Verlag, Berlin 2019.
- Huber, Ludwig/ Reinmann, Gabi (2019):
Vom forschungsnahen zum forschenden Lernen an Hochschulen. Springer,
Wiesbaden 2019.
- Institut für Teilhabeforschung (2020):
*Erste Studien zu Menschen mit geistiger Behinderung und COVID-19: Keine
höhere Sterberate bei Erkrankten mit geistiger Behinderung.
Pressemitteilung*. URL: [https://www.katho-nrw.de/katho-nrw/forschung-
entwicklung/institute/teilhabeforschung/aktuelles/erste-studien-zu-
menschen-mit-geistiger-behinderung-und-covid-19-keine-hoehere-
sterberate-bei-erkrankten-mit-geistiger-behinderung/](https://www.katho-nrw.de/katho-nrw/forschung-entwicklung/institute/teilhabeforschung/aktuelles/erste-studien-zu-menschen-mit-geistiger-behinderung-und-covid-19-keine-hoehere-sterberate-bei-erkrankten-mit-geistiger-behinderung/), abgerufen am
12.10.2020.
- Kessler, Eva-Marie et al. (2020):
*Partizipation und soziale Teilhabe älterer Menschen trotz Corona-
Pandemie ermöglichen*. Onlinepublikation auf [https://www.dggg-
online.de](https://www.dggg-online.de). URL: [https://www.dggg-online.de/fileadmin/aktuelles/covid-
19/20200424_DGGG_Statement_Sektionen_II_III_IV_Soziale_Teilhabe_und_
Partizipation.pdf](https://www.dggg-online.de/fileadmin/aktuelles/covid-19/20200424_DGGG_Statement_Sektionen_II_III_IV_Soziale_Teilhabe_und_Partizipation.pdf), abgerufen am: 28.09.2020.

- KMK (2020): *Sonderpädagogische Förderung an Schulen 2009-2018*. Herausgegeben von der Kultusministerkonferenz.
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (2020): *Evaluation II zum Förderprogramm Gemeinwesenarbeit in Hessen*. Onlinepublikation auf Gemeinwesenarbeit Hessen. URL: http://www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/wp-content/uploads/Kurzfassung_Evaluation_II.pdf, abgerufen am: 22.09.2020.
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (2020): *Das GWA-Förderprogramm des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration*. Onlinepublikation auf Gemeinwesenarbeit Hessen. URL: <http://www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/Foerderprogramm/>, abgerufen am: 22.09.2020.
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (2020): *Konzept der Gemeinwesenarbeit in Hessen*. Onlinepublikation auf Gemeinwesenarbeit Hessen. URL: <http://www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/gemeinwesenarbeit/>, abgerufen am: 22.09.2020.
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (2020): *Stadtteilarbeit in Zeiten der Corona-Pandemie*. Onlinepublikation auf Gemeinwesenarbeit Hessen. URL: <https://lagsbh.de/forums/forum/digitale-methoden-der-gwa/>, abgerufen am: 22.09.2020
- Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e. V. (2019): *Vier Jahre Förderprogramm Gemeinwesenarbeit in Hessen. Deutschlandweit einmaliges Förderprogramm für Gemeinwesenarbeit in Hessen feiert Erfolge*. Onlinepublikation auf Gemeinwesenarbeit Hessen. URL: <http://www.gemeinwesenarbeit-hessen.de/vier-jahre-foerderprogramm-gemeinwesenarbeit-in-hessen/>, abgerufen am 22.09.2020.
- McManus, Jessica L./Feyes, Kelsey J./Saucier, Donald A. (2011): *Contact and knowledge as predictors of attitudes toward individuals with intellectual disabilities*. In: *Journal of Social and Personal Relationships* 28/5 (2011), 579–590.
- Matteo, Elizabeth K./You, Di (2012): *Reducing Mental Illness. Stigma in the Classroom*. *Teaching of Psychology* 39/2 (2012), 121–124.
- Radboud University (2020): *„Sterker op eigen benen“*. Factsheet Nr.4: COVID-19 in intellectual disabilities. Nijmegen, Netherlands: Radboud University Medical Center, May 29 2020.
- Sporket, Mirko (2020): *Befragung zur Situation von Bewohner*innen in Pflegeeinrichtungen im Rahmen der Corona-Pandemie*. Onlinepublikation auf www.fh-muenster.de, URL: https://www.fh-muenster.de/iup/mad/media/2020/files/8377_Datei_1.pdf, abgerufen am 28.09.2020.
- Rattenhuber, Edeltraud (2020): *Das Gegenteil von gemeinsam*. Artikel in der Süddeutschen Zeitung vom 28.05.2020. URL: <https://www.sueddeutsche.de/politik/inklusion-das-gegenteil-von-gemeinsam-1.4921039>, abgerufen am 12.10.2020.
- Stövesand, Sabine/Stoik, Christoph/Troxler, Ueli (2013): *Handbuch Gemeinwesenarbeit: Traditionen und Positionen, Konzepte und Methoden*. Deutschland–Schweiz–Österreich. Verlag Barbara Budrich, Opladen 2013.

- Turk, M. A., Landes, S. D., Formica, M. K., & Goss, K. D. (2020): *Intellectual and developmental disability and COVID-19 case-fatality trends: TriNetX analysis*. Disability and Health Journal [doi.org/10.1016/j.dhjo.2020.100942].
- van Dyk, Silke (2009): "Junge Alte" im Spannungsfeld von liberaler Aktivierung, ageism und Anti-Ageing-Strategien. In: van Dyk, Silke/Lessenich, Stephan (Hrsg.): *Die jungen Alten. Analysen einer neuen Sozialfigur*. Campus-Verlag, Frankfurt/Main 2009, S. 316–340.

Anhang: Fotos



Foto: Sophie G.

„Einerseits ist durch die Maßnahmen deutlich weniger Betrieb auf den Straßen, selbst bei Sonnenschein sind die Straßen (und die Bänke vor den Hauseingängen) komplett leer und weitestgehend ruhig. Da ich mit Menschenmassen oder auch generell vielen Menschen, die unterwegs sind, nicht gut zurecht komme, war das schon eine Verbesserung/ Erleichterung.

Andererseits bin ich als hochsensible Autistin nicht nur durch die Menschen eingeschränkt die unterwegs sind. Viele Belastungen sind nicht direkt ersichtlich, wie beispielsweise Sonneneinstrahlung oder Lärm (Autos, Musik, Geräusche aus Wohnungen, lachende Kinder, bellende Hunde etc.). Und diese Stressfaktoren fallen selbst bei Ausgangsbeschränkungen und Distanzierung nicht weg.“



Foto: Schultheiß



Foto: Thiel



Foto: Klügl



Foto: Kuntsche



Foto: Seybold



Foto: Wöllhaf



Foto: Adelman



Foto: Matzen



Foto: Trichtinger



Foto: Steckroth